



Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. April 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 22 der Tagesordnung: Erstellung eines Konzepts für eine kommunale Ausstattungsvergütung für Bildende Künstler*innen

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2021/0073

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung sowie die erfolgte Vorberatung im Kulturausschuss:

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass, wenn Sie dieser Idee dahingehend nahetreten, dass wir das umsetzen sollen, das erst mit dem nächsten Haushalt überhaupt denkbar ist, weil es sich hier dann doch um erkleckliche Summen handelt, die wir jetzt im Moment im laufenden Haushalt nicht einfach so bereitstellen können, aber auch nicht bereitstellen dürfen. Darauf möchte ich noch mal hier verweisen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.) Als Stadtgesellschaft, als Verwaltung, aber auch als Gemeinderat sind wir zu Recht stolz auf den Platz, den Karlsruhe im nationalen und internationalen Ranking bezüglich seiner Kulturlandschaft einnimmt. Wer hätte gedacht, dass wir bei den mittelgroßen Städten auf der Ebene von Florenz zum Beispiel mithalten können. Dazu trägt sicherlich auch dazu bei, dass wir drei Hochschulen in Karlsruhe haben, mit der HfG, der staatlichen Kunsthochschule, aber auch der Musikhochschule. Das ist in der Konzentration eben auch eine nationale Spitze, was die Ausbildung von Nachwuchskünstler*innen angeht. Auch hier besteht ein ganz, ganz großes Potenzial, und es sollte ja auch unser Interesse sein, viele von diesen tollen Leuten in unserer Stadt zu halten, auch nach dem Studium. Mit dieser Ausstattungsvergütung, die wir in dem Antrag vorschlagen, besteht eben die Möglichkeit, eine Möglichkeit, diesem Engagement und der tollen Arbeit, die die Künstler*innen für unsere Stadt leisten, und die ja auch we-

sentlich dazu beitragen, dass Karlsruhe so lebendig und lebenswert ist, wie es eben ist, etwas zurückzugeben und dieses eben auch zu honorieren. Es ist doch ein Wahnsinn, wenn ich eine Ausstellung organisiere als Organisatorin, dass ich dann meine Arbeitsstunden abrechnen lassen kann, aber diejenigen, die für den Inhalt dafür sorgen, nicht. Bei Musiker*innen und Schauspieler*innen wäre das ja wirklich völlig undenkbar. Ich bin ja auch froh, dass wir im Zuge dieses Antrags - also Sie haben ja eine wirklich tolle Arbeit geleistet und da auch viel zusammengetragen an Zahlen - dass wir da auch eben gesehen haben, dass viele städtische Ausstellungshäuser das zum Teil schon machen. Dafür bin ich sehr dankbar, und das muss man auch hervorheben, aber es gibt eben viele Bereiche, wo das nach wie vor nicht der Fall ist.

Teilweise bis jetzt mussten Künstler*innen ja sogar noch draufzahlen, wenn sie eine Ausstellung machen wollten, sei es bei den Transportkosten oder bei den Reisekosten. Hier begrüßen wir als Fraktion eben auch ausdrücklich, dass in Zukunft bei Projektförderungen seitens der Stadt auch diese Unkosten endlich mal berücksichtigt werden können, damit es eben auch kein Zuschussgeschäft in Zukunft für die Künstler*innen wird. Daher freuen wir uns ja auch, dass unser Antrag auch schon einen Mehrwert hat. Ja, aber angesichts vieler neuer und zum Teil schwer verkäuflicher Kunstformen geht eben auch diese Rechnung, die man immer hatte, ja bessere Verkaufsmöglichkeiten in Zusammenhang von Ausstellungen, nicht auf. Wir haben auch eine sehr prekäre Situation von vielen Künstler*innen, die eben vielfach von ihrer wertvollen Arbeit nicht leben können. Deswegen wollen wir unseren Antrag auch weiterhin aufrechterhalten, denn immerhin kann man auch eine Ausstellungsvergütung, anders als einen Nebenjob im Einzelhandel zum Beispiel, auch bei der Künstlersozialkasse geltend machen, das heißt dann, auch für Renten- und Versicherungsansprüche, damit die erhalten bleiben. Als LINKE begrüßen wir auch explizit, dass die Kulturschaffenden an dieser Stelle immer lauter werden und eben diese Unkultur der Selbstausbeutung im kulturellen Bereich immer mehr und zu Recht unter Druck gerät. Gute Arbeit muss nämlich auch in der Kultur gelten, und es sollte keine Voraussetzung werden, um kulturschaffend zu sein, wie es oft ist, dass man Ärzte-Eltern hat.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNEN begrüßen den Antrag der LINKEN. Der Antrag greift ja eine langjährige zentrale Förderung des BBK bundesweit, aber auch in Karlsruhe auf. Diese Förderung nimmt jetzt allmählich auch Fahrt auf, denn es gibt tatsächlich erste Bundesländer und Städte, die eine Ausstellungsvergütung schon eingeführt haben, darunter auch unsere Partnerstadt Halle. Es ist überfällig insofern, dass wir uns auch in Karlsruhe mit diesem Thema Ausstellungsvergütung auseinandersetzen, denn wir als Stadt Karlsruhe, wir sind sehr profiliert als Kulturstadt mit Kunst. Wir haben hochkarätige Kunsteinrichtungen. Wir haben vor allem aber auch die Kunsthochschulen und eine sehr kreative Off-Szene. Das sind vor allem die jungen Künstler*innen, die von der Kunstakademie und von der HfG kommen. Kunst in Karlsruhe ist wirklich etwas, was uns ganz besonders bereichert, uns aber auch hilft, persönliche und gesellschaftliche Fragestellungen und Entwicklungen in den Blick zu nehmen und uns damit auseinanderzusetzen.

Trotz des hohen Stellenwerts dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die Künstler*innen grundsätzlich bundesweit, aber auch in unserer Stadt sehr prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Der Grund ist, dass ihre künstlerischen Leistungen, die sie uns bieten, nicht vergütet werden in irgendeiner Weise und insofern, wir haben da anhand der Dokumentation ja festgestellt, in welchen wirklich sehr schlechten Bedingungen die Künstler*innen leben. Wir brauchen deshalb einen Einstieg in eine Ausstellungsvergütung in Karlsruhe. Das können wir heute nicht beschließen, da müssen wir schauen, wie wir das hinbekommen.

Ich möchte aber für DIE LINKE noch dazu sagen, die Summen, die jetzt in dem Antrag enthalten sind, das sind natürlich die auch vom BBK. Wir haben ja mit dem BBK gesprochen, wir hatten auch eine große Videoveranstaltung, bei der Bürgermeister Käuflein und ich mit auf dem Podium waren, das sind natürlich Summen, die faktisch gerechtfertigt wären, aber natürlich in der Höhe von derzeit 311.000 Euro so momentan nicht darstellbar wären, aber ich möchte auch daran erinnern, dass sie auch höher sind als die Ausstellungsvergütungen, die in den entsprechenden Ländern, aber jetzt auch in Halle bezahlt werden. In Halle sind es drei, vier Einrichtungen, die eine Ausstellungsvergütung eingeführt haben, mit deutlich geringeren Gebühren. Das heißt also, wir müssen schauen, wie wir den ersten Schritt auch hinbekommen. Das wird uns sicher im Haushalt noch mal beschäftigen, aber ich möchte auch noch am Ende sagen, es geht nicht nur darum, dass hier auch eine finanzielle Förderung stattfindet, sondern es geht vor allem auch um die Anerkennung und die Wertschätzung des künstlerischen Schaffens und das, was uns die Kunst auch für uns als Stadtgesellschaft gibt. Insofern werden wir das Thema weiter verfolgen, aber dem Antrag mit diesen Summen können wir heute einfach so ad hoc nicht zustimmen.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Eigentlich ist alles gesagt, wir würden gerne, aber wir können nicht. Die Stadt Halle mag kein Regierungspräsidium im Nacken sitzen haben, wie andere Städte auch. Die Stadt Karlsruhe hat es leider. Wir wissen um die prekäre Situation der Künstlerinnen und Künstler, und ich finde es auch nicht richtig, dass Künstlerinnen und Künstler ihre Projekte und ihre Produkte sozusagen auf eigene Kosten ausstellen müssen und noch nicht einmal die Fahrtkosten oder Sonstiges erstattet bekommen. Ausnahme sind unsere städtischen Einrichtungen, die hier vorbildlich agieren und diese ganzen Nebenkosten, sagen wir es mal so, den Künstlerinnen und Künstlern vergüten, aber so leid es uns tut, wir können auch diesem Antrag in dieser Höhe nicht zustimmen. Wir hoffen, dass es uns nächstes Jahr finanziell besser gehen wird.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es ist zutiefst unfair, wenn Menschen für ihre Arbeit nicht entlohnt werden und das ist eine Aussage, hinter der ich und meine Fraktion geschlossen ohne Wenn und Aber stehen. Deswegen ist die Forderung nach einer Ausstellungsvergütung für Bildende Künstlerinnen und Künstler eine absolut berechnete Forderung. Das Thema ist ziemlich komplex, das stellt man schnell fest, wenn man sich damit intensiver beschäftigt. Es greift mal wieder in die verschiedenen Politikfelder ein, Kommune und Gesetzgeber, und es verlangt, dass man ganz genau hinschaut, dass man aber auch mit allen Veranstalterinnen und Veranstaltern spricht, dass man mit den Künstlerinnen und Künstlern spricht, dass man wirklich zielgenau dort bezuschusst, wo es notwendig ist.

Wir sind den Antragstellern sehr dankbar, dass die Debatte heute damit eröffnet wurde. Wir müssen aber auch sagen, dass selbst mit der Runde im Kulturausschuss für uns immer noch viele Fragen offen sind, die es zu klären gilt, auf dem Weg hin zu einer Ausstellungsvergütung. Für uns ist aber klar, das möchte ich an der Stelle auch deutlich sagen, dass wir als Stadt, als Kommune, die ja auch viele Ausstellungen macht, auch ein Stück weit ganz klar in der Pflicht ist, die dann auch ordentlich zu vergüten. Wir sind bereit und ich glaube, das haben ja die meisten heute oder haben eigentlich alle meine Vorredner*innen deutlich gesagt, diesen Prozess weiterzugehen, weiter zu diskutieren, kritisch zu diskutieren, wie wir das machen. Wir müssen das Hand in Hand machen mit Künstlerinnen und Künstler, aber auch Hand in Hand mit den Kunstvereinen, mit allen anderen Akteuren in dieser Stadt, die nicht kommerziell Kunst ausstellen,

und natürlich auch Hand in Hand mit den Künstlerinnen und Künstlern, weil nur dann können wir eine Lösung finden, die für uns und für alle anderen, die betroffen sind, eben auch befriedigend ist.

Stadträtin Böringer (FDP): Es ist schon vieles Richtige gesagt worden. Ich befürchte, und das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, eben ja auch in Ihrem Eingangstatement noch mal ganz deutlich gemacht, dass die Antragsteller das Budget hier der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit diesem Antrag überspannen. Die Idee als solche ist natürlich gut, und es ist also nötig, auch die Förderung in diesem Bereich nicht abreißen zu lassen. Würden wir diesen Bereich, und darauf weist ja auch die Stellungnahme der Stadtverwaltung hin, im Rahmen der Projektförderung sozusagen in die Wege leiten, dann hätte das allerdings zur Folge, dass wenige mehr bekommen und andere weniger bekommen. Das kann ja jetzt auch nicht im Sinne der Antragsteller sein. Des Weiteren stellt sich natürlich die Frage, auf welcher gesetzlichen Grundlage eine solche Vergütung gezahlt wird, und sollte das nicht auch mindestens Ländersache sein, so wie es das Land Berlin oder das Land Brandenburg auch macht? Es darf nämlich nicht sein, dass einzelne Kommunen diese Vergütungen dann zahlen würden und andere Kommunen nicht, und daraus würde sich so ein Ausstellungstourismus resultieren. Einige Kommunen würden dann umso manche Künstler und Künstlerinnen ärmer. Also, wir sehen uns leider auch jetzt gezwungen, heute diesen Antrag abzulehnen.

Stadtrat Haug (KAL/Die Partei): Gut, dass heute über diese Thematik diskutiert wird, denn die Einkommenssituation, wir haben es gehört, gerade für die jungen Künstler*innen, ist ja durchaus prekär. Gut ist auch, dass es bei der Städtischen Galerie grundsätzlich eine Ausstellungsvergütung gibt, wie uns im Kulturausschuss berichtet wird, aber die Vergütung, die an diesen großen Häusern gezahlt wird, kommt halt bei diesen ortsansässigen Künstlern, von denen wir ja sehr viele haben, eben nicht unbedingt an, weil halt in diesen großen Häusern eher nationale Künstler*innen ausgestellt werden. In diesem Zusammenhang bitten wir im Grunde um eine kreative Lösung, um eben diesen Menschen Mut zu machen, die, die hier vor Ort Kunst anbieten. Im Grunde brauchen wir langfristig eben auch Ausstellungsvergütungen in Produzentengalerien, in kleinen Häusern oder Off-Spaces, wo dieser Nachwuchs und dieses Potenzial eigentlich in Karlsruhe heranwächst.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt hat es in ihrer Stellungnahme zum Antrag der LINKEN ja ganz klar zum Ausdruck gebracht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage und der zu erwartenden finanziellen Entwicklungen sowie der mangelnden gesetzlichen Grundlagen ist dieser Antrag abzulehnen. Auch sind die in dem Antrag genannten Beträge im Zweifelsfall für einen Künstler, der seine Existenz damit bestreiten müsste, ohnehin nicht auskömmlich, aber es gibt noch einen ganz anderen Grund, sich dagegen auszusprechen, und zwar selbst dann, wenn wir als Stadt im Geld schwimmen würden. Bei einer Ausstellungsvergütung geht es auch um die, ich zitiere, Anerkennung der künstlerischen Arbeit, die hinter einem Kunstwerk steckt. So schreiben es die Antragsteller, und so sieht es auch die Verwaltung in ihrer Antwort, in erster Linie sogar. Damit kommen wir aber in eine ganz ungute Situation. Die Kunst in der Abhängigkeit, ja am Tropf der Herrschenden, mit der Folge, dass das, was nicht gefällt oder wer als unbotmäßig erscheint oder gebrandmarkt wird, eben keine Unterstützung erhält oder gleich gar nicht erst ausstellen darf. Ich denke, die Ereignisse um Axel Krause, ein Künstler, der Mitglied der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist, sollten bekannt sein, Unbotmäßigkeit wird abgestraft. Das darf in einem freiheitlichen Land, wie zumindest wir, die AfD, es schätzen und erhalten wollen, nicht einreißen. Zum Abschluss noch ein Zitat von Leo Trotzki für Sie, von der antragstellenden LINKE.

Sie wissen, das war einer, den die Kommunisten, als sie ihm überdrüssig wurden, einfach wegretuschierten. Die Kunst und die Wissenschaft suchen nicht nur keine Lenkung, sondern können von ihrem Wesen her keine dulden.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Um es vorne wegzunehmen, in Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation werden auch wir den Antrag ablehnen. Ich möchte das Ganze aber noch ein bisschen mal von einer anderen Seite beleuchten. Was ist denn der Grund, warum ein Künstler an einer Ausstellung teilnimmt? Zum einen möchte er natürlich bekannter werden und zum anderen möchte er da auch was verkaufen oder Aufträge generieren. Das ist doch das vordergründige Argument, und ich verstehe auch, dass es aufwendig ist, oft das dahin zu transportieren und auch mit Kosten verbunden, aber das sind nun mal Dinge, die ich in Kauf nehmen muss, wenn ich daraus eben wachsen will und sagen, okay, irgendwann möchte ich damit, mit meiner Kunst auch Geld verdienen und meinen Lebensunterhalt. Das wäre ja so ähnlich, wie wenn wir jetzt das Beispiel die Messe nehmen und sagen, alle Aussteller, die dahin kommen, die müssen das Zeug da erst mal hin transportieren, müssen aufbauen und nach drei Tagen kriegen sie dann vielleicht noch eine Absage, die möchten das auch vergütet haben, weil sonst kommen sie in Zukunft gar nicht mehr zur Offerta oder zur Giardina und tragen damit auch nicht zum Renommee von Karlsruhe bei. Das möchte ich mal zu bedenken geben. Natürlich schlägt mein Herz für die jungen Künstler, und ich selbst habe ihnen auch oft Raum gegeben. Vielleicht wäre das eine Anregung im Kulturausschuss, dass wir das mit viel, viel anderen Dingen verknüpfen, mit vielen Ladengeschäften in der Innenstadt. Ich habe in Durlach da sehr, sehr gute Erfahrungen. Ich habe immer wieder Künstlern kostenfrei Platz in meinen Schaufenstern zur Verfügung gestellt. Es wäre was, was man regelmäßig etablieren kann, was auch relativ einfach zu bewerkstelligen ist. Wie schon gesagt, aufgrund der aktuellen Haushaltslage müssen wir den Antrag leider ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich bin erst mal sehr froh, dass wir mit der Städtischen Galerie so eine Ausstellungsvergütung machen. Deswegen wird ja schon mal deutlich, dass wir ein Stück weit bereit sind, in eine Art Vorbildfunktion zu gehen. Ich habe grundsätzlich ein bisschen ein Problem damit, dass wir aus einem städtischen Fonds Ausstellungsvergütungen zahlen sollen für Institutionen, die gar nicht alleine oder nur städtisch sind. Das wäre etwas, was man noch mal diskutieren müsste. Wir können ja als Stadt auch keine Ausstellungsvergütungen allen vorschreiben, die Ausstellungen machen. Deswegen möchte ich an der Stelle darauf hinweisen, dass das aus meiner Sicht auch ein hochbrisantes landes- und sogar bundespolitisches Thema ist. Wir haben ja in Frankreich zum Beispiel eine solche Regelung, die Ausstellungsvergütungen vorschreibt. Bei dieser Podiumsdiskussion im letzten Sommer beim BBK ist dann aber von den französischen Kollegen aus Nancy dargestellt worden, dass es trotzdem jeder schafft, sogar die öffentliche Hand in Nancy, um diese Ausstellungsvergütung heranzukommen. Also scheint das dort nicht so umsetzbar zu sein, aber das gibt es zumindest, und das ist natürlich ein ganz anderer Rechtsanspruch, der dann entsteht. Das würde natürlich dieses Thema, glaube ich, in einer ganz anderen Weise, und zwar für alle lösen, nicht nur für die, die jetzt gerade vielleicht in den Institutionen der Stadt Karlsruhe hier eine Ausstellung machen.

Sie spüren da sehr viel Sympathie auch für diesen Antrag, aber wir können es im Moment, denke ich, hier nicht letztendlich abstimmen. Insofern würde ich die Diskussion mal so zusammenfassen, dass wir weiter gefordert sind, hier uns an anderen Städten und Ländern zu orientieren, mal herauszufinden, wie organisieren die das, wie machen die das. Wie grenzen die es auch auf die Bereiche ein, wo es sinnvoll ist. Wenn am Ende die Frau Lorenz gezwungen wäre, auch eine

Ausstellungsvergütung zu zahlen, wenn in ihrem Schaufenster etwas hängt, wird sie es vermutlich nicht mehr machen. Das wäre dann vielleicht für manche Künstler auch schade, weil es eine verlorene Chance wäre. Also, das müssen wir mal alles ein bisschen ventilieren, und dann würde ich die Antragsteller bitten, einfach im Rahmen der Haushaltsberatung dann gegebenenfalls noch mal mit dem Thema wieder hier in den Rahmen zu kommen, denn dann muss es konkret im Rahmen der Haushaltsberatung auch gegebenenfalls entschieden werden. Das wäre jetzt für mich mal so die Zusammenfassung.

Wäre das für Sie in Ordnung so? Ja, dann können wir das damit in dieser, wie ich finde, sehr wertschätzenden Diskussion auch für unsere Künstlerinnen und Künstler, die wir im Übrigen ja auch mit vergünstigten Atelierräumen und manchem mehr schon unterstützen, will ich an der Stelle auch erwähnen, dann erst mal belassen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Mai 2021